

Deutschland.

Berlin, 22. Juli. Der bevorstehende Besuch des Kaisers Franz Josef in Berlin erregt die Aufmerksamkeit der politischen Kreise Petersburgs in hohem Grade. Die „Nowoje Wremja“, die nach der in der russischen Hauptstadt allgemein verbreiteten Ansicht manchmal als Sprachrohr der Ansichten der leitenden Kreise benutzt wird, widmet dem Ereignis einen Artikel, worin sie schreibt:

„Wenn man auch annimmt, daß bei der Entree verschiedene neue politische Vereinbarungen getroffen werden, auch betreffs der in letzter Zeit schlechter gewordenen Beziehungen zwischen Wien und Rom, so behält der Besuch doch äußerlich den Charakter einer einfachen Höflichkeitsempfangung bei. Man wünscht in Wien augenscheinlich, daß in Berlin der geplante gewöhnliche feierliche Empfang schon der österreichischen Landestruppen wegen eben diesem Charakter entsprechen.“

Die Annahme der Wiener Blätter, daß die Zusammenkunft in russischen Regierungskreisen und in der russischen Presse Unzufriedenheit und Erbitterung erzeuge und als Demonstration resp. Antwort auf den Peterhof'ser Toast des Zaren aufgefaßt werden könne, sei total falsch, denn an der Unmöglichkeit des Besuchs habe hier niemand geglaubt seit jenen Tagen, wo Kaiser Wilhelm zuerst in Wien seine Visite abtattete. Dieser Ausspruch ist besonders interessant wegen des noch ausstehenden Gegenbesuchs des Zaren, der positiv zwischen Mitte August und Mitte September erfolgen wird, wie aus besser Quelle verlautet. Auch erwartet Niemand, daß der Empfang Kaiser Franz Josefs in Berlin weniger herzlich und demonstrativ ausfallen werde, als der dem Könige Humbert bereite.

Die gegenwärtige politische Lage Westeuropas ist eine solche, daß man es schwerlich in Wien und Berlin für möglich hält, die Beziehungen des beiderseitigen Verhaltens ihr gegenüber volle drei Wochen bis zur Zusammenkunft aufzuschieben. Somit werden beide Kaiser in Berlin nur auf die bereits vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Fürst Bismarck und Graf Kalnoky näher einzugehen haben, und schwerlich dürfte das Geheimnis dieser Verhandlungen ein ganz unwiderstehliches bleiben. Folglich ist kein Grund zu Erregung und Aerger über die Bitte dieses Vorhanden, zumal die friedliebende, vom Bewußtsein ihrer Würde durchdrungene Politik Deutschlands diesem ein vollkommen ruhiges Verhalten gestattet, sogar noch ganz anderen politischen Ereignissen gegenüber, als diese Erweiterungsbesuche des österreichischen Kaisers in Berlin ist.

Eine gewisse Verstimmung und Gereiztheit leuchtet aus diesen Äußerungen aber gleichwohl erkennbar genug hervor.

Die Frage der Neubefestigung des Münsterschen Bischofsitzes spiegelt in dem jedenfalls sehr verzerrten Hohlspiegel der „Germania“ wie folgt ab. Das Blatt schreibt:

„Die Münster'sche Bischofsangelegenheit ist einer der Präfixe — denn es giebt deren mehrere — geworden für die jetzige kirchenpolitische Lage in Preußen. Das erkennt die ganze Presse, und von katholischer Seite sagte noch in den letzten Tagen das vielverbreitete kirchliche Sonntagsblatt „Domitiansbote“ in Fulda: „Unsern verehrten Lesern bringen wir die erfreuliche Nachricht, daß die hochwürdigsten Bischöfe Preußens auch in diesem Jahre die Woche nach Mariä Himmelfahrt am Grabe des h. Domitians hier in Fulda sich versammelt werden. Wir empfehlen die gemeinsamen Beratungen, die sie empfangen werden, sehr schon dem frommen Gebete unserer Leser. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen ist wahrhaftig eine ernste. Wenn es sich befragt, wie es kaum noch zweifelhaft scheint, daß der erleuchtete Bischofsstuhl in Münster, auf dem der Reichsregierung nicht in der geistlichen festgesetzten Weise, befestigt werden kann, so haben wir hier wiederum einen Fall, wo die weltliche Staatsgewalt ihre Machtbefugnisse in den wichtigsten inneren Angelegenheiten der Kirche zur Geltung zu bringen sucht. Diese fortgesetzte Einmischung des Staates in rein kirchliche Angelegenheiten mußte aber mit der Zeit oder auch schon bald zu einem Staatsstreit führen, das für die katholische Kirche von den verwerflichsten Folgen wäre. Daher beten, und viel und innig beten, damit wir, nachdem wir den groben offenen Kulturkampf glücklich bestanden haben, nicht in dem feinen und geheimen schleichen Kulturkampf unterliegen.“ Diese Auffassung ist öffentliche Meinung der Katholiken in Preußen. Gestern (Sonntag) Abend, also erst heute zu verwerthen, lief nun folgendes Privattelegramm aus Rom bei uns ein: „Anfangs beabsichtigte Berlin, die ganze Liste des Münster'schen Domkapitels zu streichen, damit durch Rom ein Regierungsmandat erteilt werde. Da man die Unmöglichkeit, solche Konzeption zu erreichen, erahnte, wurden förmliche Anfragen an den Vatikan entlassen.“ Aufstellungen, und wie man das sonst nennt, haben also stattgefunden, wie wir schon früher wiederholt berichtet, und wenn es in dem Telegramm heißt, man habe in Berlin beabsichtigt, die ganze Liste zu streichen, während wir früher sagten, man wolle sie ignorieren, so kommt das auf eins heraus. Da der päpstliche Stuhl nun aber die Regierung aus dem rechten Weg verwiesen hat, so wird derselbe hoffentlich jetzt auch bestritten. Zwar ist, da schon etwas über drei Monate nach dem Tode des Bischofs Johann Bernard von Münster verstrichen sind, das Wahlrecht des Domkapitels erschweren, weil aber nicht durch seine Schuld, wird es der päpstliche Stuhl wieder aufheben lassen.“ Wahrscheinlich ist bei dieser ziemlich verworrenen Darstellung, das was der Gewissmann der „Germania“ verschwiegen, sehr viel wichtiger, als was er zu berichten sich findet. Die Mahnung an den Vatikan, das Wahlrecht des Domkapitels wieder aufheben zu lassen, ist in diesem sehr deutlich.

Die Mahnung, daß im nächsten Etat des Kultusministeriums für 1890-91 eine Summe zur Ausführung der seit Jahren geplanten Museumsbauten verlangt werden wird, bekräftigt sich. Dem Vernehmen nach werden die für die Bearbeitung der Entwürfe bestimmten Summen zunächst verlangt, so daß die Ausführung der Bauten überhaupt noch nicht in Frage kommt, also wohl noch geraume Zeit sich hinauszuziehen wird, da ohne die Grundlagesuntersuchung durchgearbeitete Pläne sich auch ein Kostenaufschlag noch nicht machen läßt. Nach

den früheren Aufstellungen und nach der dem Abgeordnetenhaus zugewandenen Denkschrift sollen von der 33,000 Quadratmeter betragenden Grundfläche der Museumsinsel 22,500 bis 22,600 Quadratmeter bebaut werden. Zunächst muß an der Stadtbahn eine angemessene Breite frei bleiben, um für die südlich gelegenen Gebäude das nötige freie Licht zu gewinnen. Dann muß den Museumsgebäuden unter sich ein Abstand gewährt werden, um sie gegen Beeinträchtigung ihrer Beleuchtung zu sichern. Dieser Abstand wird bei der beträchtlichen Höhe, welche die Mehrzahl dieser Bauten erhält, auf 50-60 Meter bemessen. Auch wird daran festgehalten, nicht allzuviel in eine große Gebäude zusammenzufassen, sowohl um der Besucher, wie vor Allem der Sicherheit gegen Feuer und anderer Gefahren willen. Bei der so intensiven Ausnutzung des Raumes wird natürlich nicht an eine gleichartige Bebauung gedacht; neben geschlossenen mehrgeschossigen Baukörpern sollen Verbindungshallen und glasbedeckte Höfe hergestellt werden. Neben dem Bau dreier Gebäude auf der Museumsinsel für die germanischen und sonstigen Antiken, für die Gipsabgüsse und für die Kunstwerke der Renaissancezeit war früher die Erweiterung der Nationalgalerie durch einen besonderen Bau in Aussicht genommen worden. — Im Uebrigen meldet der „Hamb. Korr.“, daß die Ausarbeitung von Plänen für das Renaissance-Museum dem Hofbauplatz Hne, für das Antiken-Museum dem Professor Fr. Wolff, für das Museum der Gipsabgüsse dem Bauath Schwedien übertragen ist.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Professor Baumgarten in Kottbus, dessen Tod wir bereits gemeldet, war am 25. März 1812 zu Habelsdorf in Posen geboren. Baumgarten wurde 1874 zum ersten Mal in den Reichstag gewählt und schloß sich hier der Fraktion der Linken an; er schied jedoch bereits am 14. April noch vor Ablauf der ersten Session wieder aus. Auch während der dritten und vierten Legislaturperiode gehörte Baumgarten dem Reichstage, zuletzt als nationalliberaler Vertreter für den Wahlkreis Kottbus-Dobberan, an. Seit 1880 war Baumgarten ordentlicher Professor der Theologie in Kottbus. Als Theologe war er allem orthodoxen und hierarchischen Wesen abhold. Nachdem er schon vorher mit dem Oberkirchenrat in einen ersten Zwiespalt geraten war, wurde er 1885 aus der theologischen Prüfungskommission entlassen und 1888 seiner Professur enthoben, weil er in einer Bräutigam'schen Frage über die Berechtigung der Revolution geäußert hatte. Wegen einer Reihe von Schriften, in welchen er sich scharf über die kirchlichen Zustände in Mecklenburg aus sprach, wurde er zweimal wegen Preßvergehens zu Haft und Geldbuße verurteilt.

Die „Söln. Ztg.“ erhielt von einem Rechtsanwalt folgende Zuschrift: Dieser Tage wurde an einem Einzelsalle, in dem der Witwe und den Kindern eines am 30. November v. J. verunglückten Mannes von der betreffenden Berufsgenossenschaft anstandslos reichliche Renten, der Witwe jährlich 452,60 Mark, den beiden Kindern bis zum vollendeten 15. Jahre jährlich je 89,65 Mark, ausgesetzt waren, der Segen der Unfallversicherung nachgewiesen. Dieser Segen tritt aber noch weit mehr hervor, wenn man Einzelsälle aus der Zeit des Kaiserthums herbeizieht. Hier ein solcher: Am 27. August 1884 verunglückte ein jugendlicher Arbeiter, der erst einen Tag an einer Kreisstraße beschäftigt worden war, in einer Dampfseilwindmühle eines Zimmermeisters an einer nicht genügend gegen Lauffälle gesicherten Kreisfuge darauf, daß er am Bordturm so schwer verletzt wurde, daß er für Lebenszeit außer Stande gesetzt war, sein Gewerbe als Zimmermann fortzuführen und überhaupt von seiner Hände Arbeit sich sein Brod zu verdienen. Obwohl seine Entschädigungsforderung eine überaus geringe war (für den Sommer 1,80 Mark, für den Winter 0,75 Mark), so lehnte doch der Zimmermeister jede Entschädigung ab. Es ging also aus Professorens. Das Gericht erster Instanz wies zunächst (21. Jahre nach dem Vorfall) am 28. April 1887 die Klage ab, das Gericht zweiter Instanz erkannte am 9. März 1888 den Entschädigungsanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und behielt die Entscheidung über den Betrag des Anspruchs der weiteren Beweisaufnahme und dem Endurtheile vor; das Reichsgericht, das der Zimmermeister hierauf angetragen hatte, befestigte dieses Urtheil am 5. Juli 1888. Jetzt veräußerte der Vermögliche sofort von Neuem durch seinen Anwalt Vergleichsverhandlungen, um die weitere Verpöcherung durch neue Beweisaufnahme zu vermeiden; schon hatte endlich der beklagte Zimmermeister sich bereit erklärt, eine Entschädigungssumme von 8-9000 Mark am 20. November 1888 zu zahlen, da brach unmittelbar darauf der Konkurs über das Vermögen des Zimmermeisters aus. Nach weiteren Verhandlungen gelang es im März 1889 vom Gläubiger-Ausschuß das Anerkenntnis einer Entschädigungssumme in Höhe von 6000 Mark zu erlangen. Und da etwa 33 1/2 Prozent der Forderungen in der Masse nicht voll, so wird bei der Ausschüttung, die sich noch längere Zeit hinziehen wird, der arme Arbeiter schließlich etwa 2000 Mark erhalten. Von seinem Unglück an, also vor jetzt 5 Jahren, hat aber der völlig arbeitsunfähige Arbeiter bis jetzt auch nicht einen Pfennig Entschädigung von seinem Arbeitgeber erhalten. Hätte der Vorfall ein Jahr später, nach dem 1. Oktober 1885, sich ereignet, so wäre alles Professorens. — Die beiderseitigen Annuitäten für die drei Instanzen sind schon jetzt auf über 1000 Mark gestiegen — unnötig, nach Lage des Falles unnötig gewesen, und der Vermögenslose sollte sofort durch die Vermögensgenossenschaft in den Genuß einer ausreichenden Lebensrente gewiesen werden.

Ueber den Ausbruch und Verlauf des Streiks auf den fürstlichen Solm'schen Gruben Jeno und Heinrichsgraben im Kreise Wehlar wird der „N. N. Z.“ folgendes geschrieben: „Die Einstellung der Arbeit seitens der 160 Mann zählenden Belegschaft erfolgte am 1. d. M. Bereits am 4. wurde die Arbeit zu Folge eines mit der Verwaltung getroffenen Abkommens wieder aufgenommen. Der Ausbruch des Streiks war infolgedessen nicht ganz überraschend, als die Lohnsätze auf den fürstlichen Gruben niedriger waren, als die der anderen Gewerkschaften desselben Kreises. Die Gedingelose auf den letzteren ermöglichen es den Arbeitern, bei 1 1/2 Schichten, die Schicht zu

acht Stunden gerechnet, bis zu 3 Mark zu verdienen. Auch die fürstliche Verwaltung hat nunmehr die gleichen Anforderungen angenommen. Der den Arbeitern hiernach zukommende Verdienstausschlag als ein auskömmlicher angesehen werden, da die Arbeit eine bequeme ist und nicht an nähernd mit den Leistungen, die von den Förderern in den westfälischen Kohlengruben verlangt werden, zu vergleichen ist. Für die richtige Verteilung der Verhältnisse darf der Umstand nicht übersehen werden, daß ungefähr drei Viertel derjenigen Arbeiter, welche gestreikt hatten, ihren Verdienst aus der Grubenarbeit nur als einen nebenbei zu berechnen, während sie in der Hauptsache ihren Lebensunterhalt aus dem Betriebe ihrer Ackerwirtschaft gewinnen. Die öffentliche Ordnung wurde durch den Ausbruch nicht gestört. Der ackerbaubetriebende Theil der Anstaltlichen fand bei der Entheiligung Beschäftigung, der übrige Theil wurde bei Begehren und anderen Gemeindegewinnungen verwendet. Ein Wiederausbruch des Streiks ist nicht zu befürchten. Bei Gelegenheit der Arbeitseinstellung soll von Seiten der Arbeiter mehrfach dem Bauern Ausdruck gegeben worden sein, daß dem künftigen Revierbeamten nicht mehr wie seiner Zeit vor Geltung des Vergleises vom Jahre 1865 die Handhabe eines schiedsrichterlichen Eingreifens gegeben sei. Jedenfalls hat sich das Bedürfnis einer näheren Beziehung der Gewerkschaften zu ihren Arbeitern unter Beteiligung beider Parteien regelnden Behörde geltend gemacht.“

Erfurt, 21. Juli. Durch Garnison-Befehl ist den hiesigen Truppentheilen der Besuch der Gärtnerei „Menteller“, in welcher öfters sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben, verboten worden.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichisch-ungarische Kriegsmarine verzeichnet in ihren Listen gegenwärtig zehn „Schlachtschiffe“, von welchen die zwei neuesten, 1887 abgelassenen, wohl bald im Geschwaderverband werden erscheinen können. Sie hat ferner noch zwei Panzerdampfschiffe im Bau, welche offiziell mit unter die genannte Kategorie zählen. Diese letzteren wurden zu einer Zeit entworfen, als man wegen der Entwicklung des Torpedowesens mehr Werth auf die durch Zellenkonstruktion und Stahl-Einbauten zu erzielende „Unverwundbarkeit“, als auf Deckung durch schwere Seitenpanzerung legte, um so mehr, da man die Tage dieser letzteren den Fortschritten der schweren Artillerie gegenüber für gefährlich hielt und noch keine Ahnung von den Verbesserungen, welche die damals noch nicht konstruirten, schon mittelst schweren Schnellfeuergeschütze und vollends das Feuer mit Brisanzgranaten gegen ungepanzerter Schiffswände ausüben würden, haben konnte. Gelegentlich der Flottenliste, welche den Stapellauf des ersten dieser beiden Dampfschiffe — in anderen Marinen nennt man sie Kreuzer 1. Klasse (England, Frankreich) oder Torpedo-Kampfkreuzer (Italien, Genua), zählt sie also nicht, wie in Oesterreich, zu den Schlachtschiffen — verheerlichen sollten, sagt nun die „Wiener Sonntags- und Montags-Zeitung“, leider mit vollem Rechte, darüber, daß die Erkenntnis, „als Vordenker dieses Unbegründeten, daß (wegen der veralteten ungeeigneten Konstruktion von neuem dieser elf Schlachtschiffe) die österreichische Kriegsmarine in diesem Augenblicke schwächer sei, als je.“ Dies ist bedauerlicher Weise, wie bemerkt, nicht zu bestreiten; denn die in den Jahren 1865 bis 1878 abgelassenen Schiffe, von der „Habsburg“ bis zum „Tegethoff“, sind entsprechend dem Jahre ihrer Fertigstellung wegen zu geringer Panzerstärke (von bezw. 128, 158, 203, 229 bis zu nur einmal vertretenen 369 Millimeter) wegen mangelhafter Schnelligkeit (ein Schiff läuft nur zwölf, sechs leisten dreizehn, zwei vierzehn Knoten — auf dem Papier —) oder fehlender Zellenkonstruktion mehr oder weniger veraltet, vielmehr richtiger gesagt, als Schlachtschiffe total unbrauchbar, oder nur noch bedingt verwendbar. Zur letzteren Kategorie mögen der „Tegethoff“ mit seiner respektablen Armierung von sechs 28 Zentimeter-Kanonen — 21 Kaliber lang — und der „Erzherzog Albrecht“, welcher acht 24 Zentimeter-Geschütze trägt, gezählt werden. Bei diesen Schiffen erscheinen die artilleristischen Offenbarmittel noch als ihre besten Eigenheiten; faher und passive Defensivmittel sind aber beim zweitgenannten auch schon gar zu ungenügend; denn bei 13 Knoten Schnelligkeit und bei nur 203 Millimeter Plattenstärke des Gürtels kann man einen Panzer nicht mehr modernen Schlachtschiffen zum Kampfe entgegenführen. Der angeblich 14 Knoten laufende „Tegethoff“ trägt im Gürtel und der Kajamat-Wänden 369 Millimeter starke Walzeisenpanzerung, welche in Widerstandsfähigkeit ungefähr 270 Millimeter fester Compound-Beplattung entspricht. Wenn auch „Tegethoff“ und „Erzherzog Albrecht“ eine Anzahl wasserfester Schotten — acht — haben, ihre doppelten Böden nach dem Zellsystem konstruirt, ein Theil ihrer Kohlenvorräthe seitlich der Maschinen- und Kesselräume in Bunkern längs der Bordwände untergebracht sind, um in etwas den durch die Gürtelpanzerung erzielten Schutz gegen einschlagende Geschosse zu erhöhen, so entsprechen diese Einrichtungen doch in keiner Weise den heutigen auf „Unverwundbarkeit“ gerichteten Ansprüchen und hieraus resultirenden Konstruktionen moderner Schlachtschiffe. Als solche wenn auch nicht allererster, so doch sehr erheblicher Stärke können nur zwei, nämlich die noch in Fertigstellung begriffenen Thurmpanzer „Kronprinz Erzherzog Rudolf“ und „Kronprinzessin Erzherzogin Stephanie“ gelten. Die im Bau begriffenen zwei Dampfschiffe werden, nachdem inzwischen in Folge einer ruhigeren Beurtheilung des Torpedowesens und der weiteren Ausbildung der Mittel zur Abwehr seiner Angriffe die Seitenpanzerung der Schlachtschiffe wieder zum Prinzip erhoben ist, nicht mehr als solche, sondern, trotz ihrer sehr schweren Bewaffnung, nur als Panzerkreuzer gelten können. Da nun Oesterreich-Ungarn gegenwärtig keine neuen Seitenpanzerschiffe im Bau hat, so besteht leider die bedauerliche Thatsache, daß unser treuer Verbündeter auf absehbare Zeit hinaus nur über zwei vollwerthige Schlachtschiffe verfügen kann. Wenn auch ihre Panzerdeckung von bezw. 230 und 305 Millimeter in den Gürtel, von 203 und 270 Millimeter in den Thurmpanzerungen weit hinter diejenigen anderer moderner Schlachtschiffe anderer Marinen zurückbleibt (italienische Gürtelpanzer 450-500 Millimeter, „Venezia“, „Dandolo“),

englische 457 („Admiral-Klassenschiffe“) bis 507 Millimeter („Trafalgar“, „Mile“), französische 500 („Requin“, „Indomptable“) bis 550 Millimeter („Admiral Duperre“, „Dautin“, „Formidable“), so sind doch die Konstruktion und Schnelligkeit (16 Knoten), so entsprechend und die Offenbarmittel so gewaltig, daß der allgemeine Geschwaderwerth dieser beiden Panzer ein sehr erheblicher ist. Außer untergeordneten Geschützen trägt der eine derselben drei, der andere zwei 30,5 Zentimeter-Kanonen von 35 Kaliber Länge, welchen selbst auf 2000 Meter noch eine solche Energie inne wohnt, daß sie 682 Millimeter Walzeisen, also 510 Millimeter Compoundmaterial, durchschlagen, d. h. daß sie auf etwa zwei Rabel Entfernung die stärksten Gürtelpanzer, welche irgend ein Schiff heute führt, bei freientlichem Geschossausschlag durchbohren können. Zu dieser schweren Artillerie kommen bei „Kronprinz Rudolf“ noch sechs 35 Zentimeter lange 12 Zentimeter, bei dem anderen Panzer noch ebenso viele und in Kalibern ebenso lange 15 Zentimeter-Kanonen. — Was aber solche Schiffe in österreichischer Hand leisten können, das hat Vissa aller Welt bemessen. — Können ihnen doch noch sechs bis acht gleicher Konstruktion zur Seite stehen, um Oesterreich-Ungarns Flotte in den nächsten Kampf zu führen! Aber solcher Hoffnung sieht auch für lange Jahre hinaus noch der Zustand der Staatsfinanzen hindernd entgegen. Ihre Hebung wäre das erste Erfordernis, um für Oesterreichs Flottenmaterial eine bessere Zukunft erblicken zu können. Im Hinblick auf diese Thatsache schließt jener kurze österreichische Artikel, welcher Veranlassung zu vorstehender Betrachtung gegeben, mit nachstehender bedauerlicher Ermüdung und Mittelung: „Für alle unsere veralteten Schiffe müßten Neubauten in Aussicht genommen werden, aber schon der erste Versuch hierzu, den der Admiral gelegentlich der Zusammenstellung des Vorschlages für die Kriegsmarine unternehmen hat, soll in österreichischen wie in ungarischen Regierungskreisen finanzielle Bedenken wachgerufen haben, so daß an eine Verjüngung der österreichisch-ungarischen Schlachtflotte nicht so bald zu denken ist.“ (N. P. Z.)

Wien, 20. Juli. Von den zahlreichen parlamentarischen Körperschaften, die Oesterreich bezieht, ist eine in Thätigkeit, der kürzlich gewählte **Dalmatinische Landtag** ist heute zu seiner diesjährigen Session zusammengetreten. Die N. P. bezeichnet die Zusammenkunft dieses Landtags, was das numerische Verhältnis der Parteien anlangt, so ziemlich die gleiche, wie jene des vorigen Landtags; die Kroaten, die sich nun mit den Serben koaliren haben, bilden die überwiegende Majorität, welche sich den großserbischen Schwärzern aus vollem Herzen hingeben kann. Die Ausbreitung des kroatischen Idioms und die Zurückdrängung der italienischen Kulturprache werden auch diesmal das Streben der Majorität sein, und daneben werden wohl auch kleine Scherze bedenklicher Art, wie jener Antrag des Herrn Baticic auf Einführung der russischen Sprache als Unterrichtsgegenstand in den Mittelschulen, aufgeführt werden. Eine Regierungsvorlage ist dem Landtage nicht zugegangen, auch der Aufgaben, welche Conte Vojmice in seiner Eröffnungsrede dem Landtage zumies, sind ziemlich wenige. Auffallend ist es, daß der Landtag sich bisher noch nicht mit einer Frage beschäftigt hat, die kaum als eine unwichtige bezeichnet werden kann, nämlich mit der Regelung der Zustände in der **Crisosce**. Die Zustände in der genannten Gegend werden uns von wohlunterrichteter Seite als seit dem Jahre 1882, also seit der letzten Insurrektion, vollständig verändert geschildert. Während in der Herzegovina geordnete Zustände hergestellt wurden und bis auf eine geringe Zahl die Flüchtlinge von damals wieder zurückgeführt sind, ist in Bezug auf die Repartierung der flüchtig gewordenen Crivosceaner nichts geschehen. Die Crivosce wird uns als fast menschenleer geschildert, und das Gros der in Montenegro befindlichen Flüchtlinge, die von der montenegrinischen Regierung in freundschaftlicher Weise zu Einfallen in die Herzegovina verwendet werden, soll aus Crivosceanern bestehen. Die Erörterung dieser Frage wäre wohl dankbarer und patriotischer, als die Debatten über die Verbreitung der russischen Sprache in Dalmatien. Die letzteren beweisen nur, daß es in Dalmatien eine Partei giebt, welche in den Kungebungen ihrer russischen Sympathien mit den Montenegrinern wetzert, und diese Partei befindet sich durchaus nicht auf den Hüfen der Opposition.

Niederlande.

Ueber den Gesundheitszustand des Königs der Niederlande sind im Haag befriedigendere Versionen im Umlauf. Der König hat sich allerdings, wie „Het Nieuws van den Dag“ meldet, seit geraumer Zeit nicht mehr im Freien aufgehalten. Hauptächlich ist es dem Umfange zuzuschreiben, daß der König nach dem Gehen nachteilige Folgen empfindet, aber auch wegen der öfters wechselnden Witterung und des meistens herrschenden Nordwindes, welcher ein Verbleiben auf der Veranda unmöglich macht. Jetzt ist von der Firma Simonis aus dem Haag für den König ein Stuhl angefertigt worden, auf welchem er, durch zwei Kammerdiener getragen, sich bei gutem Wetter in den Park begeben kann. Der Zustand läßt übrigens, was Appetit, Schlaf u. s. w. angeht, nichts zu wünschen übrig.

Amsterdam, 21. Juli. (Voss. Ztg.) Die indische Post bringt nähere Einzelheiten über die **Einschichtung der fünf Sadahis**, welche den Aufstand in Bantam verurteilt hatten und deshalb nicht begnadigt wurden. Alles lief in der vorgeschriebenen Weise ab, auffallend aber war es, daß die ganze Umgegend in der Nähe des Hinrichtungsplatzes wie ausgestorben schien und kein Zuhörer sich auf der Strafe sehen ließ, während sonst die Bevölkerung zu derartigen Schaupielen in großer Menge zusammenzufließen pflegt. Es ist dies ein weiterer Beweis dafür, daß es noch bei der eingeborenen Bevölkerung gährt.

Frankreich.

Aus Paris erhält die „Straßb. Post“ eine Zuschrift, welche ein beachtenswerthes Streiflicht auf die **Haltung der Anarchisten** wirft: „Hin und her! Schlag und Gegenanschlag! In der großen Wäse beginnt die Anlagenschrift gegen Boulanger allmählich zu gären. Und merkt

würdigerweise richtet sich die Bewegung nicht sowohl gegen den „General“, als gegen die Regierung, oder genauer gesagt, gegen die Minister, die sich seit 1885 im Amt folgten. Was — so fragt sich das Volk mit seinem gros bon sens — wenn die in der Anlagenschrift erwähnten Thatsachen wirklich wahr sind, so müßten sie doch den Kollegen und den Chefs des Minister-Generals nicht verborgen bleiben können? Am 8. Juli 1887 findet der Kriegsminister, wie der Generalstaatsanwalt jetzt behauptet, schon Boulanger's Hand in der kleinen Revolution an der Gare de Lyon. Und man setzte den „General“ nicht in Anlagenshaft, man stellte ihn nicht vor ein Kriegsgericht. Am 14. Juli gab es wieder eine kleine Emence; wie der Generalstaatsanwalt jetzt erzählt, entdeckte man abermals die Hand Boulangers darin. Und man ließ den „General“ ruhig als Höchstkommandirenden in Clermont-Ferrand? Und früher schon, in Tunis, soll der General Prozente von Spantenfabrikanten und Kaffeefabrikanten bezogen haben! Wußten das jene Vorgesetzten? Und tiefen sie ihn trotzdem weiter General spielen? Dann sind sie Verbrecher! Oder wußten sie es nicht? Dann sind sie Dummköpfe! So urtheilt das Volk. Hieraus erklärt sich, wer den größten Theil aus dem ganzen Boulangerprozeß ziehen wird. Dieselben, die auch ihre Vorteile aus dem Wilsonprozeß gezogen haben; die Sozialisten und Anarchisten. Ihnen ist das alles Wasser auf die Mühle. Sie benutzen die jetzigen Enthüllungen, um den breiten Massen ihre Lehren zu predigen. Gestern Abend wohnte ich in Belleville einer Versammlung bei, an der außer vielen Hunderten von Arbeitern auch französische und ausländische Mitglieder des großen internationalen Sozialistenkongresses Theil nahmen. Ein Eisenbahnarbeiter, eine kräftige Gestalt mit verblüfftem schwarz-birgigem Gesicht, eröffnete die Versammlung mit dem Gruß der ersten Republik: „Je vous salue, Citoyens.“ und sprach dann fast eine Stunde lang über die gegenwärtige Lage und die Anlagenschrift über Boulanger. Mit einer Ueberfluthung und einem Verstand, die mich überraschten, gab er einen Auszug der Anlagen gegen den „General“ und zog dann seine Schlussfolgerungen: „Was geht aus alledem hervor? Daß Frankreich in den Händen von Dieben und Schurken ist. Ja, meine Bürger, sie sind alle Schurken, alle, der „General“ sowohl wie seine Kollegen, die ihn duldeten, als er ihnen bequame war, weil sie von seiner Popularität mit profitirten. (Beifall.) Als sie mit ihm aus der großen Schüssel freien durften, hatten sie nichts gegen ihn (lebhafter Beifall), als er aber Alles für sich allein freisen wollte, da erhoben sie sich gegen ihn, wie Hunde, denen man einen Knochen streitig macht. (Beifall.) Mühen lang wiederholter Beifall.“ Was folgt daraus für uns? Wir müssen unser geliebtes Frankreich aus den Händen der Schurken retten, die es erniedrigt und in ganz Europa verachtet gemacht haben. Wir wollen keinen Krieg (Beifall), wir wollen uns nicht die Knochen zerbrechen lassen, um die Erfindung von Leuten zu sichern, denen der Krieg das letzte Mittel ist, sich in einer unhaltbaren Lage zu behaupten (tosender, stürmischer Beifall, Handclatschen und Trampeln), wir wollen die Freiheit, die Gleichheit (Beifall), wir wollen vor Allem eine menschenwürdige Existenz, (Beifall, Zustimmung.) Was nützt uns Arbeitern die Republik? Wir haben nichts davon (lebhafter Beifall), daß Frankreich eine Republik ist. Deshalb fort mit den Abgeordneten, Journalisten und Generalen, die den Staatsstapel leeren. Der vierte Stand muß die Herrschaft haben!“ (Beifall, Beifall, der Redner wird von allen Seiten beglückwünscht.) Nach diesem citizenouvrier sprachen noch mehrere Redner in gleichem Sinne. Es ist sehr lehrreich, von diesen Erklärungen Akt zu nehmen und besonders, denke ich, muß es in Deutschland interessieren, von politischen Strömungen in Frankreich etwas zu hören, denen die landläufigen Korrespondenzen aus Paris durchgehends keine Beachtung schenken.

Italien.

Rom, 19. Juli. (Voss. Ztg.) Der von dem Baumeister Vittorio Bocca entworfene Plan eines **Kanals zur Verbindung des tyrrhenischen mit dem adriatischen Meere** liegt jetzt mit den Einzelheiten der Richtung, der Ausführung und der Kostenaufschläge vor. Derselbe soll von Mentale di Castro in der Provinz Rom, die Halbinsel in nördlicher Richtung durchziehend, bei Rano die Dürfte erreichen und eine Länge von 200,16 Kilometer, eine Breite von 80 Meter und eine Tiefe von 12 Meter haben. An jeder Winbung soll ein Hafenbecken von 500,000 Quadratmeter und 4 Zufahren von je 300,000 Quadratmeter Oberfläche angelegt werden. Bocca macht darauf aufmerksam, daß das Baumaterial an Ort und Stelle in mehr als ausreichender Menge zu finden ist. Der Kanal wird für die größten Kriegsfahrzeuge, welche 10 bis 12 Knoten in der Stunde zurücklegen können, fahrbar sein. Es würde dies eine wesentliche Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Italiens in einem Seekriege bedeuten. Der innere Verkehr und der Handel werden durch die Anlage gewinnen. Die Provinzen Rom, Grosseto, Siena, Arezzo, Perugia, Foligno und Ancona erhalten dadurch eine direkte Wasser Verbindung. Die Verbesserung der lumpigen Gölände in den Vandestheilen, welche der Kanal durchfließt, würde erleichtert, durch Ausrocknung der Seen von Bolsena, Chiusi, Montepulciano und des trassierten Sees eine anbaufähige Fläche von 450 Qu.-km. gewonnen werden. Das Unternehmen würde 200,000 Arbeitern für die Zeit von sechs Jahren Beschäftigung geben. Die Kosten berechnet Bocca auf 600 Mill. Franks, die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten einschließlich der Amortisationsbeträge auf 40,343,000 Frks.

Rom, 22. Juli.

Der „Osservatore Romano“ hebt der „Riforma“ gegenüber hervor, wenn der **Papst** von Rom abreise, so geschähe dies nur, weil ein Verbleiben in Rom ihm durch das Vergehen der Regierung unmöglich gemacht, und seine prosaische Entfernung durch zwingende Gründe geboten würde. Der Papst werde, wo immer er sich auch befinden möge, niemals der Anführer eines Krieges, sondern immer der souveräne Träger der Ordnung und des Friedens bleiben.

Die „Tribuna“ weist darauf hin, daß, da am 31. Dezember d. J. der Vertrag zwischen Italien und Tunis ablasse und beide Kontrahenten berechtigt seien, Änderungen anzugehen,

